

Der Wiener Gemeinde-Diurnist.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Ihr Ihrem Blatte vom 24. d. wurde berichtet, daß die Industriellen die Lohnerhöhung auf den Staat abwälzen. Ob dies in Ordnung ist oder nicht, oder ob die Industriellen die Zulagen aus eigenen Mitteln bestreiten könnten, will ich dahin gestellt sein lassen. Wenn der Staat nun schon für die Arbeiter etwas tut, so glaube ich, wird es ganz am Platze sein, sich auch jener Menschenklasse anzunehmen, für welche die Gemeinde etwas zu tun angeblich nicht in der Lage ist.

Ich bin seit zwei Jahren beim Wiener Magistrate als städtischer Kanzleidiurnist in Verwendung und beziehe als solcher ein Taggeld von K 370 und eine Kriegszulage von K 82 monatlich. Im Frieden bezog ein Kanzleidiurnist K 330, somit erfolgte eine Aufbesserung von täglich 40 Heller n. Da ich weder Angehörige noch Bekannte habe, die mich unterstützen, wird man wohl einsehen, daß ich ungemein zu kämpfen habe, um mich vor dem Hungertode zu bewahren. Ich weiß nicht, was ich mir von meinem Einkommen zuerst anschaffen soll. Das Quartier muß ich pünktlich bezahlen und soll anständig gekleidet im Amte erscheinen. Lebensmittelzuweisungen und erleichterten Bezug von billigen Kleidern könnte die Gemeinde sicherlich durchsetzen und es dürfte der Gemeindevertretung Wiens wohl bei einigermaßen beharrlichem Eintreten bei der Regierung möglich sein, für die mit Hungerlöhnen bedachten Angestellten entsprechende Zulagen aus Staatsmitteln zu erlangen, ohne in die Sade der ohnehin notleidenden Mitbevölkerung durch Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise zu greifen.